

Vor der Schlussmobilisierung:

Geldspielgesetz – Mehrheit dafür bei Ja-Trend

Vollgeld-Initiative – Mehrheit dagegen bei Nein-Trend



Kurzbericht 2. Welle der "SRG Trendumfragen" zur
Volksabstimmung vom 10. Juni 2018

Studie im Auftrag der SRG SSR, Mai 2018

Sperrfrist: 30. Mai 2018, 06:00 Uhr

Projektteam

Lukas Golder Politik- und Medienwissenschaftler

Martina Mousson Politikwissenschaftlerin

Alexander Frind Politikwissenschaftler

Stephan Tschöpe Politikwissenschaftler

Aaron Venetz Politikwissenschaftler

Noah Herzog Sekretariat und Administration

Daniel Bohn Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

Melanie Ivankovic Politikwissenschaftlerin

Katrin Wattenhofer Politikwissenschaftlerin

José Kress Soziologe

Wichtiges in Kürze

Generelles

Wie üblich handelt es sich auch bei der zweiten Befragung nur um eine Momentaufnahme. Die Ergebnisse können im Wellenvergleich allerdings auch als Trends interpretiert werden. Eine Prognose folgt daraus mit Annahmen, wie sich die Meinungsbildung weiterentwickelt.

Momentaufnahme	Einmalige Messung von Stimmabsichten, wie hier vorliegend
Trend	Mindestens zweimalige Messung, um Entwicklungen mit verschiedenen Momentaufnahmen zu erkennen
Projektionen	Momentaufnahmen, bei denen die Unentschiedenen verteilt werden
Prognosen	Projektionen, welche die kommende Meinungsbildung bis zum Abstimmungstag mitberücksichtigen und die erwarteten Ja/Nein-Anteile bestimmen
Festnetz und Mobilfunk	<p>Die vorliegende Befragung wurde vom gfs-Befragungsdienst realisiert, die Auswertung und Analyse der Daten nahm das Forschungsinstitut gfs.bern vor. Befragt wurde via eines RDD-Dualframe-Verfahrens per Festnetz und Handy.</p> <p>Der mittlere Befragungstag war der 20. Mai 2018, Entscheidungen können jedoch bis am 10. Juni 2018 noch gefällt werden. Das sind drei Wochen, während denen der Abstimmungskampf in vollem Gange ist.</p> <p>Keine Aussagen können wir über das Ständemehr machen, denn die Fallzahl lässt gesicherte Rückschlüsse auf die Kantone nicht zu.</p>
Sperrfrist	Die Sperrfrist für den aktuellen Bericht ist Mittwoch, der 30. Mai 2018, um 06:00 Uhr. Danach sind die Ergebnisse und der Bericht unter Quellenangaben frei.

Zitierweise

2. Welle der SRG-SSR-Trendbefragung zu den Volksabstimmungen vom 10. Juni 2018 vom Forschungsinstitut gfs.bern. Realisiert zwischen dem 15. und dem 23. Mai 2018 bei 1411 repräsentativ ausgewählten Stimmberechtigten.

Hauptergebnisse der 2. SRG-Trendumfrage

Wäre bereits am 20. Mai 2018 über die Vorlagen der eidgenössischen Volksabstimmungen vom 10. Juni 2018 entschieden worden, wäre die Vollgeld-Initiative deutlich gescheitert. Das Geldspielgesetz wäre dagegen angenommen worden. Die Beteiligung hätte bei tiefen 40 Prozent gelegen.

Tabelle 1

Übersicht gegenwärtige Stimmabsichten Teilnehmewillige Abstimmung vom 10. Juni 2018

	bestimmt/ eher dafür	bestimmt/ eher dagegen	weiss nicht/ keine Antwort	bestimmt dafür/dagegen	Stand der Meinungsbildung	Einschätzung Ausgang Volksmehr
Vollgeld- Initiative	34 (-1)	54 (+5)	12 (-4)	55 (+6)	mittel	Nein wahrscheinlich Stand: absolutes Nein Trend: zum Nein
Geldspiel- gesetz	58 (+6)	37 (-2)	5 (-4)	54 (+1)	tief-mittel	Ja wahrscheinlicher Stand: absolutes Ja Trend: zum Ja

Bemerkung: Bei allen ausgewiesenen Zahlen ist bei einer 95-prozentigen Wahrscheinlichkeit ein statistischer Unsicherheitsbereich von rund 2.9 Prozentpunkten plus/minus mitzudenken.

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 10. Juni 2018 im Trend, 2. Welle, 15.–23. Mai 2018 (n = 750)

Im Zeitvergleich haben sich die Stimmabsichten zu beiden Vorlagen in Richtung der Position von Bundesrat und Parlament verstärkt. Bei der Vollgeld-Initiative ist das nur anhand des Nein-Anteils deutlich, beim Geldspielgesetz sowohl beim Ja-Anteil wie auch leicht beim Nein-Anteil. Die Entwicklungen entsprechen in beiden Fällen dem Normalfall der Meinungsbildung.

Die Meinungsbildung bleibt weiterhin zurück und vor allem beim Referendum gegen das Geldspielgesetz, der vermeintlichen "Leadvorlage" sind die Meinungen oft erst tendenziell gemacht und inhaltlich schwach fundiert. Das lässt trotz des Trends noch einiges offen in den letzten drei Wochen, in der die Schlusskampagne noch zusätzliche Kreise mobilisieren oder gewisse Personen final umstimmen könnte.

Szenarien aus Stand und Trend

Verweisen der Stand der Stimmabsichten und Trends in der Meinungsbildung in die gleiche Richtung, sind die gemachten Annahmen zum Ausgang klar. Im aktuellen Fall trifft das primär für die Vollgeld-Initiative zu, bei der sich von Anfang an das Nein-Szenario abzeichnete. Hier weisen Stimmabsichten und Trend zum Nein, entsprechend dürfte die Initiative am 10. Juni 2018 scheitern, wie dies bisher bei allen anderen zehn Initiativen der aktuellen Legislatur der Fall war. Die Stimmabsichten beim Geldspielgesetz waren anfänglich knapp, nun deutlicher im Ja, die Nein-Seite legt bisher nicht zu und auch die Teilnahmeabsichten bleiben unterdurchschnittlich. Auch hier wäre alles andere als eine Annahme des Gesetzes eine Überraschung. Das Szenario einer Reduktion des Ja-Anteils zum Schluss kann aber angesichts der noch nicht abgeschlossenen Meinungsbildung, vieler Nein-Parolen und einer kritischen Medienstimmungslage gegen die Geldspielvorlage nicht ganz ausgeschlossen werden.

Momentaufnahme nicht Prognose

Wir betonen: Eine Prognose ist das nicht. Es ist der Stand der Dinge am 20. Mai 2018. Einzelbefragungen sind Momentaufnahmen. Nur unter der Annahme, dass keine Meinungsbildung erfolgt, müsste das Befragungsergebnis mit dem Abstimmungsergebnis übereinstimmen. Diese Annahme ist bei Abstimmungen falsch.

Bundesgesetz über Geldspiele

Gegenwärtige Stimmabsichten

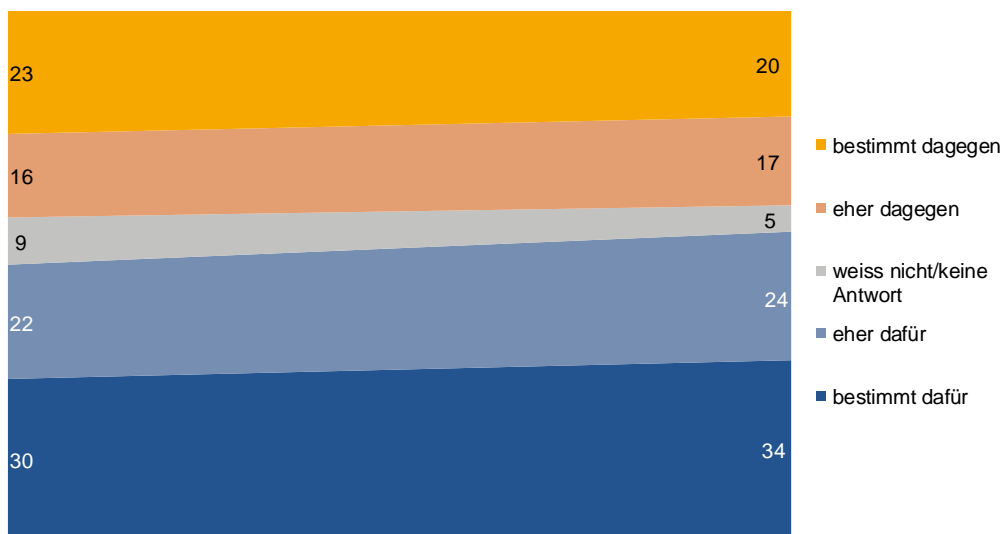
Am 20. Mai 2018 hätten 58 Prozent der teilnahmeberechtigten Stimmberechtigten bestimmt oder eher für das Geldspielgesetz gestimmt. 37 Prozent wären bestimmt oder eher dagegen. Die Ja-Seite hat damit zwischenzeitlich einen Vorsprung von 21 Prozentpunkten vor den letzten Wochen der Kampagne und der Schlussmobilisierung.

Grafik 1

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 10. Juni 2018: Geldspielgesetz

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über das Geldspielgesetz abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



21. April 2018

20. Mai 2018

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 10. Juni 2018 im Trend, 2. Welle, 15.–23. Mai 2018 (n = 750)

Die Teilnehmewilligen gehen mehrheitlich von einer Annahme der Vorlage am Abstimmungstag aus. 61 Prozent erwarten das. Die mittlere Schätzung aller Teilnehmewilligen für den Ja-Anteil beträgt 52 Prozent.

Stand der Meinungsbildung

54 Prozent haben eine feste Stimmabsicht; sie sind entweder bestimmt für oder bestimmt gegen das Geldspielgesetz. Eher entschieden sind weitere 41 Prozent; hier führt die Ja-Seite. Die Meinungsbildung ist für den Zeitpunkt weiterhin tief bis mittel ausgeprägt. Dies vor allem, weil die argumentative Abstützung der Stimmenscheide gering bleibt. Für eine tiefe inhaltliche Involvierung breiter Kreise der Bevölkerung spricht zusätzlich die unterdurchschnittliche Teilnahmeabsicht, wenn man vom Geldspielgesetz als "Leadvorlage" am 10. Juni 2018 ausgeht.

Konfliktmuster

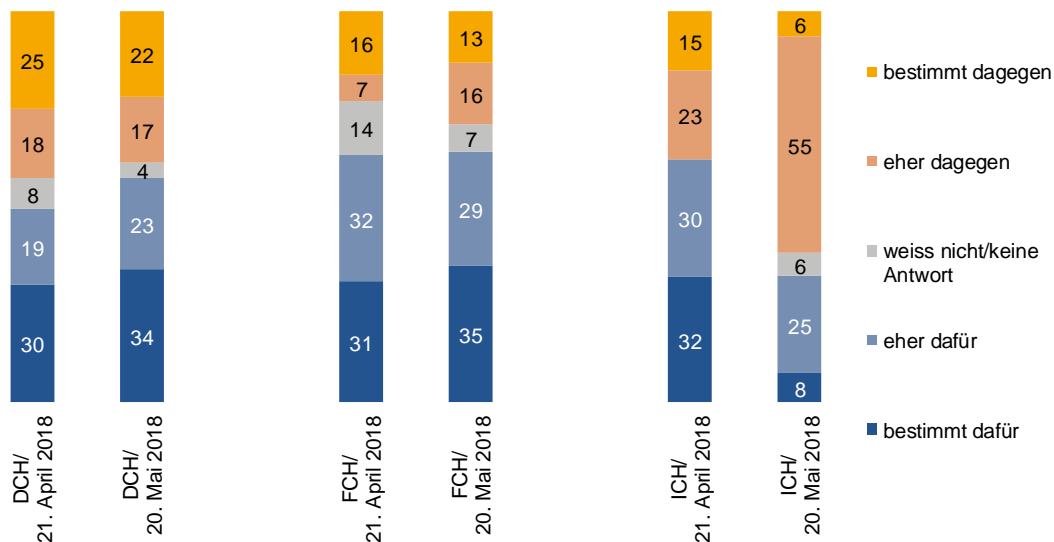
Das Konfliktmuster bleibt nach Sprachregion unterschiedlich, präsentiert sich aber jetzt nur noch akzentuiert in der italienischsprachigen Schweiz kritischer. Ob in dieser Sprachregion diese behörden- und casino-kritische Aufladung bis zum Schluss bestehen bleibt oder sich wieder abbaut, muss jedoch offengelassen werden. Aufgrund der geringen Fallzahl in der italienischsprachigen Schweiz sind Werte in dieser Sprachregion mit einer grösseren Unsicherheit behaftet.

Ganz anders das Bild in der deutschsprachigen Schweiz, wo sich die anfängliche Skepsis ab- und die Zustimmungsbereitschaft zunimmt. Gleich akzentuiert Richtung Ja präsentiert sich auch die Meinungsentwicklung in ländlichen Regionen.

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 10. Juni 2018 nach Sprachregion: Geldspielgesetz

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über das Geldspielgesetz abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 10. Juni 2018 im Trend, 2. Welle, 15.–23. Mai 2018 (n = 750)

Von gewisser Bedeutung bleibt der Generationenkonflikt, der sich bereits bei der Parolenfassung der Jungparteien zeigte. Das gilt aber nur noch für 18-29-Jährigen. Vor allem mittlere Altersgruppen neigen nun deutlicher und klar mehrheitlich zum Ja.

Die politische Konfliktlinie hat sich entschärft. In der Regel folgen die Anhängerschaften zunehmend der Parole, wenn auch bei der FDP-Anhängerschaft nur marginal mehr Nein entstand und sich weiterhin ein Elite/Basis-Konflikt abzeichnet.

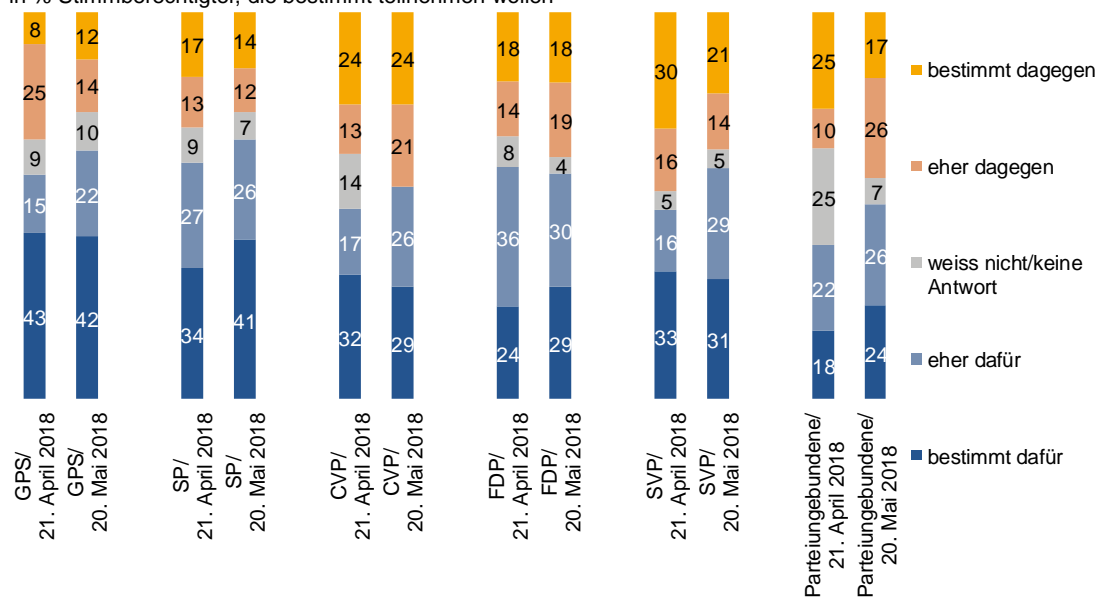
Ähnliches gilt, wenn man statt der fehlenden Stimmfreigabe der SVP Schweiz die diversen kantonalen Nein-Parolen der SVP-Sektionen berücksichtigt: Die Mehrheit der SVP-Anhängerschaft neigt nun stärker der Ja-Seite zu und emanzipiert sich eher von diesen Nein-Parolen.

Der Ja-Trend erfasste ausserdem teilnahmewillige Personen, die der Regierung eigentlich misstrauen. Polarisierter als noch im Vormonat ist die Situation bei den Parteiungebunden. Setzt sich der aktuell beobachtbare Trend fort, dürften auch sie mehrheitlich für das Geldspielgesetz stimmen.

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 10. Juni 2018 nach Parteibindung: Geldspielgesetz

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über das Geldspielgesetz abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 10. Juni 2018 im Trend, 2. Welle, 15.–23. Mai 2018 (n = 750)

Argumente

An sich wäre die Nein-Seite anhaltend recht gut aufgestellt, weil drei Argumente mehrheitsfähig sind. Für breite Kreise irrelevant bleiben für die Stimmabsichten die Problematisierung der Rolle der Casinos als Heimatschutz oder die Wettbewerbsfreiheit für Online-Anbieter, die sich an die Schweizer Gesetze halten. Es bleibt unverändert ein einziges und gegenüber dem Vormonat noch stärker umstrittenes Argument der Nein-Seite; jenes gegen Internetsperren.

Die Ja-Seite kann mit drei Argumenten punkten. Mit der Verhinderung von Geldabfluss ins Ausland und der Erhaltung des Steuersubstrats im Inland gerät das Referendum gegen das Geldspielgesetz von links und von rechts unter Druck und überzeugt jetzt auch parteilich weniger gebundene Kreise. Kritisch für die Nein-Seite wirkt sich ausserdem weiterhin die Einflussnahme aus dem Ausland in den Meinungsbildungsprozess aus. Inhaltlich ist das Rennen aber nicht abschliessend gemacht, denn die Auseinandersetzung der Stimmberechtigten mit der Vorlage bleibt oberflächlich. Das ist allerdings auch gleich ein klares Zeichen dafür, dass die bisherige Kampagne keine regierungskritische Aufladung erfuhr.

Trend in der Meinungsbildung

Die Entscheidung zum Geldspielgesetz war schwach positiv vorbestimmt. Im Regelfall erhöht sich der Ja-Anteil bei einem Referendum eher noch im Verlauf der Kampagne. Das hat sich nun in den meisten Untergruppen bestätigt.

Das Potenzial einer behördenkritischen Aufladung mit wettbewerbsliberalen Argumenten, wie sie vom Jungfreisinn und vielen Medien in die Debatte eingebracht werden, hat sich deutlich reduziert. Ganz ausschliessen möchten wir dieses Szenario zum jetzigen Zeitpunkt nicht, da die Meinungsbildung mit Stichtag 20. Mai 2018 aussergewöhnlich gering fortgeschritten ist. Mindestens möglich erscheint bei dieser Ausgangslage eine leichte Reduktion des Ja-Anteils bei einer erfolgreichen und inhaltlich überzeugenden Schlussmobilisierung der Nein-Seite.

Stichworte für die Berichterstattung

- labil positiv vorbestimmte Behördenvorlage mit beschränkt und aussergewöhnlich früh wirkender Opposition von internetaffinen Kreisen
- trotz Medienkritik und vielen kantonalen Nein-Parolen Angleichung der mobilisierten Bevölkerung an die Regierungsposition aus sozialpolitischen und steuerpolitischen Gründen
- abnehmende Polarisierung in praktisch allen Gruppen mit Ausnahme der jüngsten Stimmberechtigten
- Internetsperren gezielt für Online-Spiele einzig wirksames Argument der Nein-Seite, überzeugt aber nicht mehrheitlich. Ja-Seite punktet mit Geldabfluss ins Ausland und mit Steuereinnahmen im Inland, ausserdem bleibt die Kritik am ausländischen Geld für Referendum haften

Volksinitiative "Für krisensicheres Geld: Geldschöpfung allein durch die Nationalbank!"

Gegenwärtige Stimmabsichten

Drei Wochen vor der Abstimmung bestätigt sich das negative Meinungsbild der Vollgeld-Initiative gegenüber deutlich: 54 Prozent der teilnahmewilligen Bürgerinnen und Bürger hätten bestimmt oder eher gegen die Vollgeld-Initiative gestimmt. 34 Prozent wären bestimmt oder eher dafür gewesen. Die Nein-Seite konnte ihren Vorsprung damit auf 20 Prozentpunkte ausbauen (+6%-Punkte).

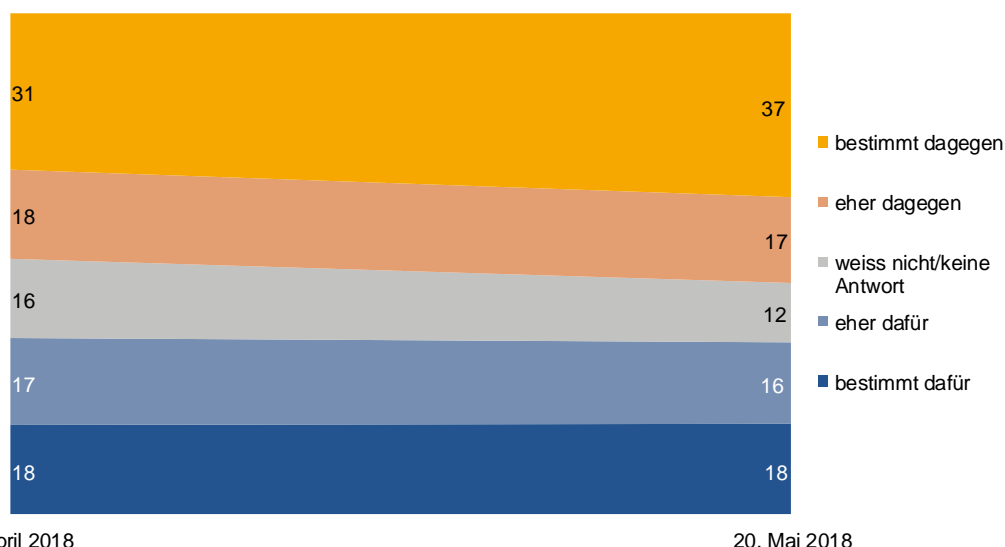
Erwartet wird seitens der Teilnahmewilligen eine deutliche Ablehnung (mittlere Schätzung 59 Prozent Nein).

Grafik 4

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 10. Juni 2018: Vollgeld-Initiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Vollgeld-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



21. April 2018

20. Mai 2018

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 10. Juni 2018 im Trend, 2. Welle, 15.–23. Mai 2018 (n = 750)

Stand der Meinungsbildung

Das negative Meinungsbild zur Vollgeld-Initiative hat sich innert Monatsfrist verfestigt. Das zeigt sich am gesunkenen Anteil Unentschiedener (-4%-Punkte), an

der nun absoluten Mehrheit dagegen (+5%-Punkte) und am gestiegenen Anteil bestimmt Entschlossener (+6%-Punkte).

Konfliktmuster

Die grössten Differenzen finden sich in den Stimmabsichten der Parteiwählerschaften. Im linken Umfeld wird das Vorhaben unterstützt, in der Mitte und rechts davon aber auch bei Parteiungebundenen fällt es durch.

Bemerkenswert ist, dass selbst regierungsmisstrauische Kreise vom Nein-Trend erfasst wurden und sich anders als in der ersten SRG-Trendumfrage nun gegen die Vorlage aussprechen.

Mit Elite/Basis-Konflikten ist eher nicht zu rechnen, denn dynamisch betrachtet haben sich die Stimmabsichten der Parteiwählerschaften in Richtung der Stimmempfehlungen der Mutterparteien entwickelt. Zögerlich geht dieser Angleich allerdings im SP-Umfeld von statten, denn trotz schwachem Nein-Trend halten sich dort relevante Sympathien für die Vollgeld-Initiative.

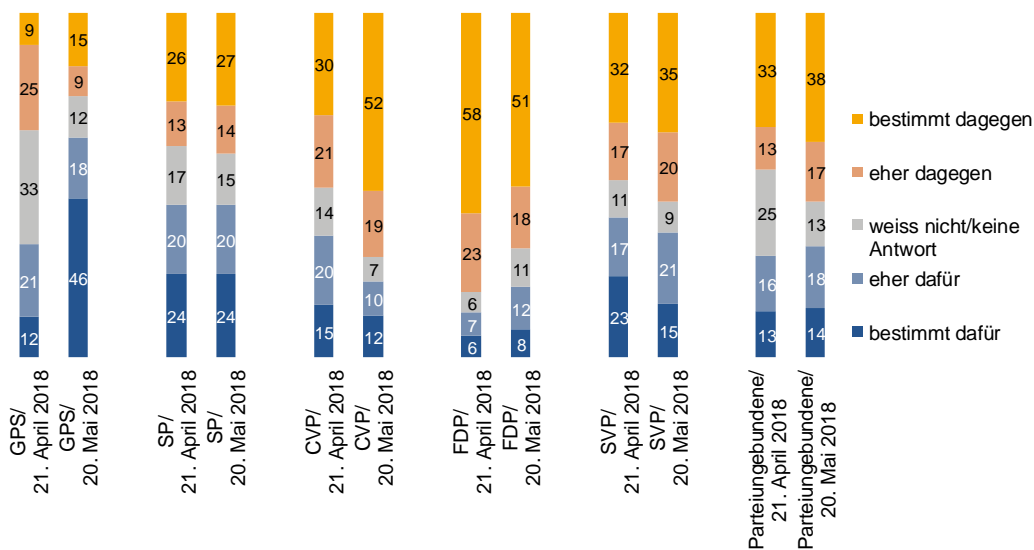
Eindrücklich ist der Trend bei Teilnahmewilligen aus dem GPS-Umfeld: Waren sie vor einem Monat noch gespalten, so zeigen sie sich jetzt in aller Deutlichkeit für die Vorlage. Nur in diesen beiden Parteiwählerschaften bleibt das Ja zur Vollgeld-Initiative mehrheitsfähig.

Grafik 5

Trend Filter Persönliche Stimmabsicht vom 10. Juni 2018 nach Parteibindung: Vollgeld-Initiative

"Ganz unabhängig davon, wie sicher Sie sind, dass Sie an dieser Volksabstimmung teilnehmen würden: Wenn morgen schon über die Vollgeld-Initiative abgestimmt würde, wären Sie dann bestimmt dafür, eher dafür, eher dagegen oder bestimmt dagegen?"

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen



© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 10. Juni 2018 im Trend, 2. Welle, 15.–23. Mai 2018 (n = 750)

Neben den linken Wählerschaften bleiben einzig in der Westschweiz Chancen für die Ja-Seite bestehen. Das gegnerische Lager konnte jedoch selbst dort Boden gut machen, so dass aktuell eine Patt-Situation vorherrscht. In der italienischsprachigen Schweiz ist die Stimmung gekippt: In der zweiten SRG-Trendumfrage findet sich eine ablehnende Mehrheit.

Argumente

Die Haltungen zu den Argumenten der Befürworter und der Gegner erweisen sich stabiler als die Stimmabsichten. Die Initianten haben zwar schlagkräftige Argumente, der Gegnerschaft gelang es jedoch, relevante Zweifel am risikobehafteten Systemwechsel zu streuen.

Auf unverändert hohem Niveau können die Initianten punkten, wenn sie Geldschaffung von Geschäftsbanken als Risiko in Bezug auf Finanzblasen bezeichnen (61% eher/sehr einverstanden). Stabile 56 Prozent finden zudem, Geldschaffung sei eine Staatsaufgabe. Geteilt bleiben die Meinungen, wenn es um die Frage

geht, ob Bankkunden bei Finanzkrisen keine Angst mehr um ihr Geld haben müssten (47% eher/sehr einverstanden).

Auf der Contra-Seite wird der Wechsel auf ein Vollgeld-System von stabilen 67 Prozent als riskantes Experiment erachtet. Dass es mit dem Systemwechsel zum Vollgeld künftig schwieriger und teurer werde, Kredite zu erhalten, bejahen nach wie vor 55 Prozent der Teilnehmewilligen. Und dass die Nationalbank politisch unter Druck gerate, sehen 50 Prozent als gegeben.

Die Übereinstimmung zwischen Inhalt und Stimmabsichten auf individueller Ebene ist gestiegen: 54 Prozent der Stimmabsichten lassen sich argumentativ erklären (+5%-Punkte).

Trend in der Meinungsbildung

Der Dispositionsansatz postuliert für Initiativen folgendes Regelfallszenario: Mit dem Abstimmungskampf steigt die Ablehnungsbereitschaft einer Volksinitiative. Gleichzeitig sinkt die Zustimmungstendenz. Ersteres bestätigt sich mit der zweiten SRG-Trendumfrage. Zweiteres ist (noch) nicht eingetreten.

Die Chancen auf eine Aufladung der Stimmung und eine eigentliche Protestabstimmung sind gering, denn es existiert aktuell kaum ein Problemdruck in Bezug auf das Thema. Trotz überzeugender Argumente werden die Initianten somit einen schweren Stand haben. Ohne ein markantes Ereignis vor der Abstimmung ist für die Vollgeld-Initiative nur ein Szenario wahrscheinlich: die Ablehnung des Vorhabens am 10. Juni 2018.

Stichworte für die Berichterstattung

- negativ prädisponierte Initiative, geschlossener Parolenspiegel dagegen
- Vorsprung der Nein-Seite bereits in der Ausgangslage und übergreifender Meinungstrend Richtung Nein
- Meinungsbildung mittel fortgeschritten, argumentative Haltungen fundieren Stimmenscheide zunehmend, Befürchtungen im Falle eines Ja relevant meinungsbildend
- parteipolitischer Polarisierungsgrad zwischen FDP und GPS am grössten, linke Wählerschaften neigen zum Ja, alle anderen zum Nein
- Argumente: stärkere staatliche Kontrolle des Finanzmarktes vs. Risiko Systemänderung
- Problemdruck bleibt gering; Potenzial für Meinungswandel Richtung Ja sehr gering, Ablehnung der Initiative wahrscheinlich

Vorläufige Teilnahmeabsichten

Gegenwärtige Teilnahmeabsichten

Am 20. Mai 2018 und damit exakt drei Wochen vor der eigentlichen Abstimmung hätten 40 Prozent der Stimmberechtigten bestimmt an den Entscheidungen über die Vollgeld-Initiative und das Geldspielgesetz teilgenommen. Das bleibt für den Zeitpunkt vor einer Abstimmung ein vergleichsweise tiefer Wert. Die beiden Vorlagen scheinen das Stimmvolk nicht übermässig für eine Teilnahme zu motivieren.

Erfahrungsgemäss steigen die Beteiligungsabsichten im Abstimmungskampf zwischen 3 und 5 Prozent. Eine Teilnahme nahe am oder unter dem Legislaturdurchschnitt scheint somit wahrscheinlich.

Profil

Der bisherige Abstimmungskampf hat die Parteiwählerschaften ungleichermaßen erfasst. Mobilisiert wurden eindeutig Stimmberechtigte aus dem Umfeld der GPS (61% bestimmt teilnehmen, +21%-Punkte), beschränkt auch solche aus FDP-nahen Kreisen (44%, +9%-Punkte) und Parteiungebundene (28%, +5%-Punkte). SP- und CVP-affine Stimmberechtigte zeigen sich ähnlich mobilisiert, wie noch vor einem Monat (31%, 48%), während sich im Umfeld der SVP Demobilisierungstendenzen finden (43%, -6%-Punkte).

Stimmberechtigte, die den Behörden gegenüber Misstrauen hegen, bleiben klar stärker mobilisiert, als solche, die der Regierung grundsätzlich vertrauen (Vertrauen: 37%, +4%-Punkte Misstrauen: 50%, -1%-Punkt).

Die sprachregionale Verteilung der Teilnahmeabsichten entspricht dagegen dem bekannten Muster: Die Beteiligungsbereitschaft ist in der italienisch- und französischsprachigen Schweiz sichtbar tiefer als in der deutschsprachigen Schweiz (DCH: 45%, +3%-Punkte, FCH: 37%, +2%-Punkte, ICH: 32%, +2%-Punkte). Einen wirklichen Schub in der Mobilisierung findet sich dabei in keiner der drei Sprachregionen.

Datengrundlage

Um sprachregionale Aussagen machen zu können, haben wir die Sprachminderheiten überproportional berücksichtigt. Diese wurden, um nationale Aussagen machen zu können, wieder ins richtige Verhältnis gebracht.

Tabelle 2

Technischer Kurzbericht SRG-Trend Volksabstimmung vom 10. Juni 2018

Auftraggeber	CR-Konferenz der SRG SSR
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	Stichprobenplan Gabler/Häder für RDD/Dual-Frame; Verwendung der Swiss-Interview-Liste
Datenerhebung	telefonisch, computergestützt (CATI)
Art der Stichprobenziehung geschichtet nach	at random/Geburtstagsmethode im Haushalt Sprachregionen
Befragungszeitraum	15.–23. Mai 2018 mittlerer Befragungstag: 20. Mai 2018
Stichprobengrösse	minimal 1400, effektiv 1411 n DCH: 708, n FCH: 403, n ICH: 300
Stichprobenfehler	± 2.7 Prozentpunkte bei einem Wert von 50% (und 95%iger Wahrscheinlichkeit)
Quotenmerkmale	Geschlecht/Alter interlocked
Gewichtung nach	Dual-Frame-Gewichtung, Sprache, Teilnahme, Parteiaffinität, Recall
Befragungsdauer Mittel	12.3 Minuten
Standardabweichung	2.4 Minuten
Publikation	30. Mai 2018, 06:00 Uhr

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 10. Juni 2018 im Trend, 2. Welle, 15.–23. Mai 2018

Die Ergebnisse wurden mit einer MRP-Gewichtung¹ plausibilisiert; diese drängt sich eher bei nicht-repräsentativen Stichproben auf. Entsprechend waren die Auswirkungen auf unsere (repräsentativen) Ergebnisse quantitativ minimal und qualitativ unerheblich.

¹ MRP = Multilevel Regression with Poststratification

gfs.bern-Team



LUKAS GOLDER

Co-Leiter, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management

Schwerpunkte:

Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen/Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, Gesundheitspolitische Reformen.

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und auf dem Internet



MARTINA MOUSSON

Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, nationale Abstimmungen und Wahlen (SRG-Trend, VOX-Analysen, Wahlbarometer), Image- und Reputationsanalysen, Integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, Qualitative Methoden, Gesellschaftsthemen (Jugendforschung, Rassismus, Familien, Mittelschicht)



ALEXANDER FRIND

Junior-Projektleiter, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, Abstimmungen und Wahlen, Gesellschaftsthemen, Medieninhaltsanalysen, Qualitative Methoden



STEPHAN TSCHÖPE

Leiter Analyse und Dienste, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Koordination Dienstleistungen, komplexe statistische Datenanalytik, EDV- und Befragungs-Programmierungen, Hochrechnungen, Parteien- und Strukturanalysen mit Aggregatdaten, Integrierte Kommunikationsanalysen, Visualisierung



AARON VENETZ

Datenanalytiker, Politikwissenschaftler

Schwerpunkte:

Datenmodellierungen, Qualitative Methoden, Recherchen, Datenanalyse, Programmierungen, Medienanalysen, Visualisierungen



NOAH HERZOG

Sekretariat und Administration, Kaufmann EFZ

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration



DANIEL BOHN

Projektmitarbeiter, Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

Schwerpunkte:

Quantitative und qualitative Datenanalyse, Datenaufbereitung, Visualisierung



MELANIE IVANKOVIC

Projektassistentin, Politikwissenschaftlerin

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Qualitative Methoden, Recherchen, Medienanalysen, Visualisierungen



KATRIN WATTENHOFER

Projektassistentin, Politikwissenschaftlerin

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Qualitative Methoden, Recherchen, Medienanalysen, Visualisierungen



JOSÉ KRESS

Projektassistent, Soziologe

Schwerpunkte:

Programmierung und Auswertung quantitative Projekte, Modellierungen, Visualisierungen, qualitative Datenanalyse, Lektorate

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
Postfach
CH – 3001 Bern
Telefon: +41 31 311 08 06
Telefax: +41 31 311 08 19
E-Mail: info@gfsbern.ch
Website: www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

**SCHWEIZER
MARKTFORSCHUNG**
Kein Verkauf - Wissenschaftlich - Anonym

**gfs.bern**
Menschen. Meinungen. Märkte.